

«Im Internet kann alles fake sein»

Was tun, wenn Kinder und Jugendliche im Netz sexuell belästigt werden? Eine Expertin gibt Ratschläge.

Interview: Livia Fischer

Über 10000 Mädchen zwischen 10 und 17 Jahren hat er via Social Media angeschrieben, sich als junger attraktiver Mann ausgegeben und von ihnen Nacktaufnahmen verlangt. Manchmal, indem er ihnen Geld bot, manchmal, indem er Komplimente machte und ihnen Liebe vorspielte. Über 100 Mädchen fielen auf ihn herein und schickten erotische Aufnahmen von sich. «Er» ist ein heute 55-jähriger Luzerner, der sich diese Woche vor dem Kriminalgericht verantworten musste.

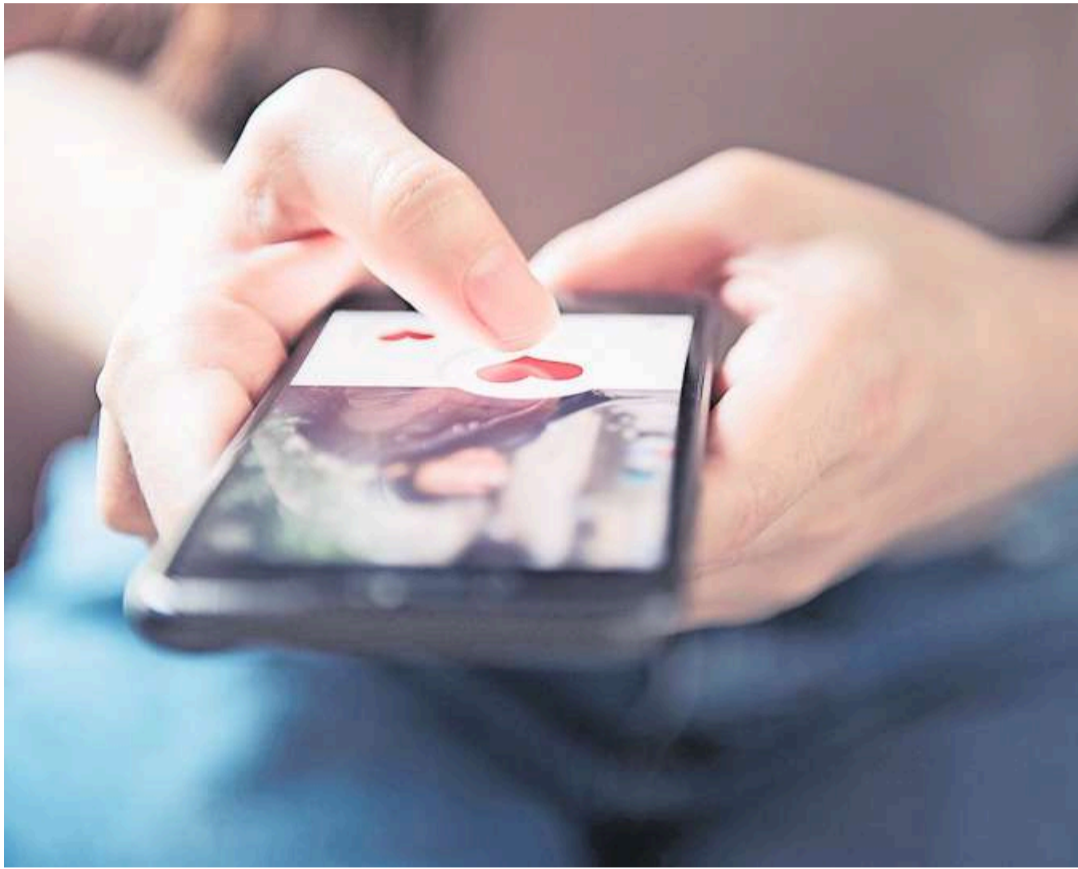
Sexuelle Belästigung im Netz erlebt mehr als jedes zweite Mädchen. Ein Gespräch mit Regula Bernhard Hug, Geschäftsleiterin der Fachorganisation Kinderschutz Schweiz.

Wie oft verstecken sich ältere Männer hinter einer falschen Identität, um über Social Media an erotische Bilder von jungen Mädchen ranzukommen?

Regula Bernhard Hug: Verlässliche Zahlen gibt es dazu nicht. Es ist aber eine gängige Methode. Grundsätzlich gilt: Wird man von Unbekannten angeschrieben, muss man immer davon ausgehen, dass es nicht die Person ist, für die sie sich ausgibt. Im Internet kann alles «fake» sein. Jede Person, die dich anschreibt, jede Liebesbeziehung, die sich so anbahnt.

Wie können Betroffene das erkennen?

Leider gar nicht. Es gibt zum Beispiel täuschend echte verjüngende Filter, die selbst bei Videoanrufen funktionieren. Solche Techniken werden immer häufiger genutzt. Ohnehin gilt: nie sexualisierte Bilder von sich verschicken. Einmal rausgegeben, hat man nicht mehr in der Hand, was damit passiert. Selbst wenn darauf der Kopf abgeschnitten ist – schwirren im Internet auch Fotos herum, auf denen das Ge-



Die sexuelle Belästigung Jugendlicher übers Internet nimmt zu.

Symbolbild: Getty

sicht zu erkennen ist, können die Bilder mit künstlicher Intelligenz problemlos zusammengefügt werden. Die Technik ist heute so fortgeschritten, das erkennt niemand. Es ist eine gängige Erpressungsmethode.

Warum tun es Jugendliche trotzdem immer wieder?

Täter spielen ihnen häufig etwas vor. Die Mädchen vertrauen ihnen, wännen sich in einer Liebesbeziehung. Für sie ist die Person dann ja nicht mehr fremd. Das ist auch problematisch, weil sie Avancen dann nicht mehr als sexuelle Belästigung wahrnehmen.

Was, wenn man nach einem persönlichen Treffen gefragt wird?

Will man eine Onlinebekanntschafft treffen, dann nur an einem öffentlichen Ort. Und niemals allein! Die zwölfjährige Freundin mitzubringen, nützt

wenig, es sollte jemand sein, der einen beschützen kann. Wichtig ist auch, dies vorab anzukündigen – ein 55-Jähriger wird dann wahrscheinlich nicht erscheinen, ein Jugendlicher schon.

Das Risiko, als Jugendliche online von Fremden angeschrieben und sexuell belästigt zu werden, ist gross. Gemäss der James-Studie der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften aus dem Jahr 2022 haben das drei Fünftel der befragten Mädchen zwischen 12 und 19 Jahren bereits erlebt. 47 Prozent wurden schon mal aufgefordert, erotische Fotos von sich zu verschicken.

Die heutigen Jugendlichen erleben sexuelle Belästigung so häufig, dass es für viele zur Normalität gehört. Aber es ist nicht okay. Wichtig ist, zu reagieren und die Geschehnisse nicht ein-

fach zu ignorieren. Und sie haben das Recht, eine solche Person anzuzeigen. Das ist das Beste, das sie tun können, dann verfolgt die Polizei den Fall.

Das passiert nur selten. Warum?

Einerseits, weil das Ganze mit viel Scham, dem Gefühl von Ohnmacht, Hilflosigkeit, Ekel und Irritation behaftet ist. Andererseits hat das heutige System zu hohe Hürden. Sexuelle Belästigung im Internet ist eine Straftat, die Opfer müssen jedoch selbst eine Anzeige bei der Polizei machen, damit der Fall verfolgt wird. Kinder und Jugendliche machen das erfahrungsgemäss nicht. Kinderschutz Schweiz ist deshalb überzeugt, dass sexuelle Belästigung von Kindern und Jugendlichen ein Offizialdelikt sein muss, damit die Polizei auch ohne Strafanzeige handeln kann. Umso wichtiger ist es, dass Kin-

«Wird man von Unbekannten angeschrieben, muss man immer davon ausgehen, dass es nicht die Person ist, für die sie sich ausgibt.»



Regula Bernhard Hug
Geschäftsleiterin
der Fachorganisation
Kinderschutz Schweiz

der und Jugendliche einer erwachsenen Vertrauensperson davon erzählen und diese sie bei der Einreichung einer Strafanzeige unterstützt.

Wie können Eltern ihre Kinder schützen?

Es geht darum, die Kinder ihrem Alter entsprechend in die digitale Welt zu begleiten. Es ist wichtig, schon früh mit ihnen zu reden, ihnen die Gefahren aufzuzeigen und zu signalisieren, dass man immer für sie da ist und ihnen hilft, wenn etwas passiert. Schuldzuweisungen sind da komplett fehl am Platz.

Hinweis

Sexuelle Belästigung im Internet kann bei der Betreiberfirma der entsprechenden Plattform gemeldet werden. Auskunft und Beratung finden Betroffene und ihr Umfeld auch bei clickandstop.ch, der Meldestelle gegen Pädokriminalität im Netz.

Spitexverband hat neue Präsidentin

Luzern Gerda Jung, Sozialvorsteherin von Hildisrieden, wurde an der Delegiertenversammlung des Spitex Kantonalverbands Luzern (SKL) zur neuen Präsidentin gewählt, heisst es in einer Mitteilung. Sie folgt auf Jim Wolanin, der zehn Jahre lang als Mitglied des Vorstands und vier Jahre als Präsident des SKL tätig war. Ebenfalls verabschiedet wurde Judith Schwander, die seit 2018 Vorstandsmitglied war.

Neu in den Vorstand gewählt wurden zudem Madeleine Scheidegger, Bereichsleiterin des Ausbildungszentrums Xund, Beatrice Wespi, Geschäftsleiterin von Spitex Hochdorf und Umgebung, sowie Sascha Eigenmann, Sozialvorsteher von Werthenstein. Dem Verband gehören 31 Organisationen an. (fmü)

AWG ist für das Klimaschutzgesetz

Parole Die Arbeitsgemeinschaft Wirtschaft und Gesellschaft (AWG) sagt Ja zum Klimaschutzgesetz. Das Gesetz sei «ein Gebot der Stunde» und für Gewerbetreibende, die nachhaltig sein wollen, «eine Selbstverständlichkeit», teilt die Luzerner Wirtschaftsorganisation mit, welcher rund 500 Mitglieder angehören.

KMU würden bei einem Ja von Aufträgen profitieren. Der Ersatz fossiler Energieträger oder klimaeffizientere Ersatzbauten sorgten für Aufträge und sichere Arbeitsplätze, sagt AWG-Präsident Josef Wyss. (fmü)

Mitte lanciert Volksinitiative «Gegen Fangewalt»

Fussballchaoten Das Thema beschäftigt die Luzerner Politik bereits seit Jahren: Fangewalt im Fussball. Nach der Eskalation in den vergangenen Monaten hat die Mitte Kanton Luzern an ihrer Delegiertenversammlung im vergangenen Monat beschlossen, eine kantonale Gesetzesinitiative gegen Fan-Gewalt zu lancieren. Wie die Partei mitteilt, wurde die Initiative «Gegen Fangewalt» im Kantonsblatt vom 10. Juni veröffentlicht. Damit beginnt nun die einjährige Sammelfrist zu laufen. Insgesamt muss die Partei 4000 gültige Unterschriften sammeln.

Mit der Volksinitiative reagiert die Mitte eigenen Angaben zufolge auf ihre zahlreichen Vorstösse im Kantonsparlament, die konkrete Massnahmen gegen die Fangewalt forderten, aber jeweils keine Mehrheiten fanden oder noch nicht behandelt wurden. Die Initiative fordert klare Rahmenbedingungen sowohl vor, während als auch nach den Veranstaltungen. Konkret soll neu die Identität der Besuchenden verpflichtend kontrolliert werden und bei Sachbeschädigungen ein Kaskadenmodell in Kraft treten, das im Wiederholungsfall zu Geisterspielen führt. Dafür soll das Gesetz über die Luzerner Polizei ergänzt werden. (luz)

«Direkt aus Bern»

Schweiz braucht einen effektiven Vollzug des Asylgesetzes

Während der aktuellen Sommersession gibt die Migrationspolitik viel zu reden. Zum zweiten Mal haben wir uns im Ständerat auf Antrag von Ständerat Benedikt Würth (Mitte, SG) gegen den Neubau von temporären Unterkünften für Asylsuchende ausgesprochen und einen Kredit von 66,5 Millionen Franken abgelehnt. Aus guten Gründen vertrete ich ebenfalls konsequent diese Linie, was uns Ständeräten in einigen Medien das Prädikat der Populisten eingebracht hat. Angeblich haben wir uns im Ständerat mit diesem Entscheid gegen die Interessen der Kantone gestellt und das Asylrecht missachtet.

Das Gegenteil ist der Fall. Die Schweiz braucht einen effektiven Vollzug des Asylgesetzes. Dies ermöglicht uns rechtlich die Rückführung von Klima- und Wirtschaftsmigranten, die das Asylsystem belasten, indem sie die Unterkünfte belegen, obwohl sie keinen Schutz benötigen. Stattdessen neue Plätze zu schaffen für Eventualitäten, setzt die falschen Anreize.

Genau dies beabsichtigt aber die neue Chefin des Eidgenössischen Justizdepartements, SP-Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider. Sie will des weiteren auch das von ihrer Vorgängerin suspen-

dierte Resettlement-Programm wieder aufnehmen. Resettlement oder die «Umsiedlung» von Geflüchteten soll eine dauerhafte Aufnahme von Flüchtlingen aus Drittstaaten ermöglichen.

Die Kantone werden einer Wiederaufnahme dieses Programms niemals zustimmen, wenn es an Unterkünften für Asylsuchende mangelt. Vor diesem Hintergrund sind die neuen temporären Unterkünfte zu sehen: Dann könnten sich die Kantone nicht mehr gegen die Wiederaufnahme dieses Resettlement-Programms wehren, und der Weg wäre frei, mehrere tausend zusätz-

liche Flüchtlinge aus dem Ausland zu uns zu holen.

Eine Erhöhung unserer Unterbringungskapazitäten würde dabei wie ein Magnet wirken. In Italien gibt es bekanntlich nicht genügend Unterkünfte für Asylsuchende. Deshalb hat Rom das Dublin-Abkommen im Dezember auf unbestimmte Zeit einfach sistiert. Wohin diese Menschen wohl reisen? Logisch: dorthin, wo es genügend komfortable Plätze gibt – in die Schweiz!

Die Erhöhung der Unterbringungskapazitäten ist ohnehin nur ein Tropfen auf dem heissen Stein – es

braucht langfristige Lösungen, so wie es auch der Ständerat fordert. Genau dafür engagiere ich mich im Ständerat.



Damian Müller
kanton@luzernerzeitung.ch

Hinweis

Damian Müller ist FDP-Ständerat. Die Luzerner Bundespolitiker berichten jeweils während der Session aus ihrem Ratsalltag zu einem von ihnen frei gewählten Thema.